

Hansestadt Stendal		Antrag	Datum:	06.10.2025
Amt:	0.1 - Büro des Oberbürgermeisters	Drucksachenummer:	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich	
Az.:		A VIII/041		
TOP:	Antrag der Fraktion Gestaltungsbündnis: Hilferuf ernst nehmen = Qualitätssicherung / und Steigerung durch besseren Personalschlüssel			

Beratungsfolge:			Beratungsergebnis:
Ausschuss für Jugend, Frauen, Familie und Soziales	am:	17.11.2025	
Finanzausschuss	am:	18.11.2025	
Haupt- und Personalausschuss	am:	26.11.2025	
Stadtrat	am:	08.12.2025	

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beauftragt den Oberbürgermeister...

1. mit der Landesregierung Sachsen-Anhalt Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, den im Kinderförderungsgesetz (KiFöG LSA, Abschnitt 4) festgelegten Mindestpersonalschlüssel so zu verändern, dass künftig mehr pädagogisches Personal pro betreutes Kind vorgesehen wird.
2. mit der Landesregierung Verhandlungen über eine Erhöhung der finanziellen Beteiligung des Landes nach Abschnitt 2, § 12 KiFöG LSA zu führen, um der Stadt eine eigenständige Aufstockung des Personals über den Mindestpersonalschlüssel hinaus zu ermöglichen.
3. mit der Landesregierung einen Modellversuch zu vereinbaren, in dem die Kommune gemeinsam mit den Trägern eine um mindestens 10 % höhere Personalausstattung als den Mindestpersonalschlüssel vorsieht. Die entstehenden Mehrkosten sollen durch das Land getragen werden. Der Modellversuch soll wissenschaftlich evaluiert werden, um die Auswirkungen auf frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung zu erfassen.
4. beim Land zu prüfen, inwieweit Mittel aus dem bundesweiten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und anderen Bundesprogrammen genutzt werden können, um eine Verbesserung des Mindestpersonalschlüssels zu finanzieren.

Begründung:

Der im KiFöG LSA festgelegte Mindestpersonalschlüssel (Abschnitt 4) ist im bundesweiten Vergleich, nach aktuellen Berichterstattungen (u. a. MDR, ver.di), der schlechteste.

Eine bessere Fachkraft-Kind-Relation ist entscheidend für die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung.

Es ist erforderlich, gemeinsam mit dem Land Wege zu finden, entweder den Mindestpersonalschlüssel landesweit anzuheben oder die Kommunen in die Lage zu versetzen, durch höhere Landeszuschüsse mehr Personal vorzuhalten.

Zudem könnten Modellversuche, wie unter Punkt 3 beschrieben, Erkenntnisse liefern, um die Wirksamkeit einer besseren Personalbemessung empirisch zu belegen.

Angesichts zusätzlicher Bundesmittel im Rahmen des Rechtsanspruchs und weiterer Förderprogramme sollte geprüft werden, ob diese Gelder gezielt zur Verbesserung des Personalschlüssels eingesetzt werden können.

Goroncy, Rico
Einreicher

Anlagenverzeichnis:

-Original Antrag Fraktion